



Industrie Energie

NEWSLETTER DER IG METALL FÜR EINE NACHHALTIGE INDUSTRIE-, STRUKTUR- UND ENERGIEPOLITIK

Europäische Industriepolitik:
Klare Strategie gefordert

Seite 2

Bosch SE Arnstadt:
Photovoltaikstandort gesichert

Seite 3

Neue Branchenreports und
Veranstaltungen der IG Metall

Seite 4

1
2014

IG METALL POSITIONIERT SICH ZUR ENERGIEWENDE

Umbau vorantreiben

Die anstehende Energiewende ist ein komplexes industrie- und klimapolitisches Vorhaben. Sie muss ökologisch und beschäftigungspolitisch ein Erfolg werden. Tausende von Arbeitsplätzen in Deutschland hängen davon ab. Die IG Metall fordert daher den intensiven Dialog zwischen Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften. Sie selbst will sich verstärkt in die Debatte einmischen, um einerseits Beschäftigung zu sichern und um andererseits den wirtschaftlichen Umbau mit intelligenten, innovativen und nachhaltigen Konzepten voranzutreiben. Nicht nur in Berlin, auch in Europa.

Energie- und Industriepolitik gehören für die IG Metall zusammen. Die Energiewende braucht die Industrie, die mit innovativen Produkten und neuen Technologien die notwendigen Impulse für ihr Gelingen geben kann. Wir haben einen grundlegenden Umbau unserer energetischen Basis vor uns. Diesen Umbau allein den Unternehmen zu überlassen, geht aus unserer Sicht nicht. Daher bedarf es einer zukunftsorientierten, aktiven und nachhaltigen Industriepolitik – sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene. In der EU werden 2014 wichtige Rahmenbedingungen in der künftigen Energiepolitik gesetzt. Verhandelt werden zurzeit das Energie- und Klimapaket der EU bis 2030, das Beihilfverfahren von Wettbewerbskommissar Almunia über Industriausnahmen im deutschen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und der Entwurf der Kommission zu Leitlinien für Beihilfen für Energie und Umwelt. Zu diesen Punkten hat sich die IG Metall in verschiedenen Positionspapieren geäußert, um sie in die Konsultationen mit Kommissionsvertretern einzubringen. Ihre Ansichten hat sie auch bei einem „energiepolitischen Frühstück“ am 29. Januar 2014 in Brüssel gegenüber EU-Abgeordneten und dem Kabinettschef des EU-Kommissars für Energiepolitik, Günther Oettinger, vertreten. Von einem Aufbruch zu einer europäischen Energiewende ist im Moment wenig zu spüren. Aus Europa kommt kein



Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Rückenwind. Deshalb hat die IG Metall deutlich gemacht, wie wichtig ihr auch in Zukunft ambitionierte Ziele auf europäischer Ebene sind. Die IG Metall sieht die von der EU-Kommission im Januar in ihrem „Weißbuch zur Klima- und Energiepolitik bis 2030“ vorgestellten Ziele kritisch, als zu wenig ambitioniert und verbindlich. Sie befürchtet, dass diese – wie in den vergangenen Jahren – nur geringe Anreize in den einzelnen Mitgliedsländern auslösen könnten, um stärker in nachhaltige Technologien zu investieren. Aus ihrer Sicht reichen sie auch nicht aus, um den europäischen Emissionshandel wieder funktionsfähig zu machen, der gegenwärtig ➤

EDITORIAL

Industriepolitik – zu den Hochzeiten der Marktradikalen war der Begriff völlig verpönt. Heute ist er in aller Munde. Wer glaubt noch, dass sich Atomausstieg, Energiewende, nachhaltige Mobilität, um die Großprojekte der Gegenwart zu nennen, ohne staatliche Intervention werden realisieren lassen? Wer diese Projekte nicht vergeigen will, wird sie nicht unbekümmert der „unsichtbaren Hand des Marktes“ anvertrauen. Die IG Metall jedenfalls setzt auf beides: Markt und staatliche Politik.

Der Begriff „Industriepolitik“ bleibt in der öffentlichen Diskussion merkwürdig vage. Zu konkretisieren, was damit aus Sicht der Gewerkschaften zu verstehen ist: Das ist die Aufgabe dieses Newsletters.

Die IG Metall hat nach dem letzten Gewerkschaftstag ein eigenes Ressort geschaffen, um sich mit Fragen der Industrie-, Struktur- und Energiepolitik intensiv zu befassen. Wir wollen den industriellen Strukturwandel im Sinne unserer Kolleginnen und Kollegen kritisch begleiten. Wir werden uns für Gute Arbeit und sichere Arbeitsplätze stark machen. Und effizient, schadstoffarm und ressourcenschonend produzierte Güter sind unser Leitbild.

An dem Umbau unserer Industrien führt kein Weg vorbei. Eine nachhaltige Modernisierung bietet enorme Chancen. Aber kein Automatismus garantiert, dass diese genutzt werden. Das neue Ressort und sein regelmäßiger Newsletter sind Teil unseres gewerkschaftlichen Programms, um uns in die staatliche Industriepolitik stärker einzumischen und unsere Positionen nach außen hin zu vertreten.

EUROPÄISCHE INDUSTRIEPOLITIK

Klare Strategie gefordert

Eine breite industrielle Basis ist entscheidend für Wohlstand und Arbeitsplätze. Dieses Erkenntnis hat sich die EU-Kommission in den letzten Jahren verstärkt zu eigen gemacht. Sie hat verschiedene Papiere vorgelegt, wie sie die industrielle Basis revitalisieren will. Nur fehlen den schönen Worten auch die entsprechenden Taten.

Die EU zieht industriepolitisch Konsequenzen aus der Wirtschafts- und Finanzkrise. Diese hatte sich bekanntlich in den weniger industrialisierten Ländern stärker negativ auf Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze ausgewirkt als etwa im hochindustrialisierten Deutschland. Daher hat sich die EU-Kommission bis 2020 vorgenommen, den Anteil der Industrie am europäischen Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 15,6 (Stand 2011) auf 20 Prozent zu steigern. Das dürfte ihr jedoch schwer fallen, denn der Industrieanteil innerhalb der EU ist gegenwärtig rückläufig. Er fiel bis Sommer 2013 auf 15,1 Prozent zurück. Statt in Richtung 20 Prozent zu marschieren, droht Europa industriell weiter zurückzufallen.

Es rächt sich, dass die Kommission allein auf wettbewerbsfreundliche Rahmenbedingungen setzt (zuletzt in der industriepolitischen Mitteilung der EU-Kommission „Für ein Wiedererstarken der europäischen Industrie“ vom 22. Januar 2014).

Die Re-Industrialisierung Europas gelingt so nicht, kritisiert die IG Metall. Aus ihrer Sicht mangelt es der EU-Kommission vor allem an einer stringenten Strategie. Niedrigere Steuern, der Abbau von Bürokratie, noch mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt, noch mehr Export und eine neue Gründungsoffensive, wie sie die EU-Kommission in ihrer Mitteilung in Aussicht stellt, reichten bei weitem nicht aus. Die IG Metall verlangt demgegenüber direkte Impulse für Wachstum und Beschäftigung, wie sie die Gewerkschaften unter dem Dach des DGB in ihrem „Europäischen Investitionsplan“ (siehe www.dgb.de → Stichwort: Themen – „Internationales & Europa“) fordern. Ihr geht es darum, dass Schlüsseltech-

nologien gefördert und die Potenziale von Leitmärkten (Automobilindustrie, Flugzeugbau, Bahntechnik, Energiebranche, digitale Netzwerktechnik und Telekommunikation) erschlossen werden. Ebenfalls wichtig ist ihr, den Investitionsstau bei der Infrastruktur abzubauen. Zudem plädiert sie für eine europäische Industriepolitik, die mithilft, den nachhaltigen Umbau der europäischen Industrie voranzutreiben. Auch müsse die EU-Industriepolitik nationalstaatlich unterfüttert werden. Ziel der IG Metall ist es, industrielle

INDUSTRIEBESATZ IN DER EU

ANTEIL DER BESCHÄFTIGTEN IN DER INDUSTRIE AN DEN GESAMTBESCHÄFTIGTEN IN PROZENT



► Fortsetzung von Seite 1

darunter leidet, dass zu viele CO₂-Zertifikate auf dem Markt sind.

Auch die Pläne von Wettbewerbskommissar Almunia, gegen die Ausnahmen für Industrie-Unternehmen bei der Zahlung einer Umlage nach dem deutschen EEG vorzugehen, beunruhigen die IG Metall. Almunia sichert nicht den Wettbewerb in Europa, sondern schafft die internationale Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrien in Europa ab.

Auf nationaler Ebene ist die IG Metall ebenfalls aktuell dabei, ihre Positionen in die Reform des deutschen EEG einzubringen. Den bisherigen Entwurf betrachtet sie als richtigen Schritt, mit dem auch in den nächsten Jahren für stabile Rahmenbedingungen gesorgt und Investitionssicherheit beim Ausbau der erneuerbaren Energien

hergestellt werden kann. Es ist richtig, den Kostenanstieg bei der EEG-Umlage abzubremsen und die Förderung stärker auf kostengünstige Technologien wie Wind-Onshore und Solar zu konzentrieren. Aber auch für Wind-Offshore wird eine verlässliche Perspektive aufgezeigt. Allerdings dürfen die vorgeschlagenen Ausbaukorridore und Vergütungssätze nicht zur einer Ausbaubremse werden. Das muss insbesondere bei Wind-Onshore kritisch geprüft werden.

Die IG Metall hat auch deutlich gemacht, dass Ausnahmeregelungen bei der EEG-Umlage für die energieintensive Industrie beibehalten werden müssen.



Bisher hat die Bundesregierung mit dem Hinweis auf die notwendige europarechtskonforme Überarbeitung dazu noch keinen Vorschlag vorgelegt.

Das macht klar, wie wichtig es für die IG Metall auch in Zukunft sein wird, ihre Positionen auf europäischer und auf nationaler Ebene zu vertreten.

BOSCH SE ARNSTADT

Standort gesichert

Nach dem Ausstieg von Bosch aus der Solarsparte drohte das Aus für den Photovoltaikstandort Arnstadt. Betriebsräte und IG Metall haben inzwischen erreicht, dass der industrielle Standort erhalten bleibt und die Sozial- und Tarifstandards auch weiterhin gesichert sind.

Als am 22. März 2013 die Geschäftsführung der Robert Bosch GmbH den Ausstieg aus der Solarsparte verkündete, war die Verunsicherung am Standort Arnstadt groß. Kann die Produktionsstätte als Industriezentrum rund ums Erfurter Kreuz überhaupt gehalten werden? Verliert Thüringen einen wichtigen Produktionsstandort der erneuerbaren Energien? Gelingt es, Alternativkonzepte zu entwickeln?

Für die zuständige IG Metall-Verwaltungsstelle Erfurt war klar: Der Industrie- und Solarstandort wird nicht kampflos aufgegeben. Und ihr war wichtig, die Belegschaft von Beginn an aktiv in die Auseinandersetzungen einzubinden. Auch mussten enge Drähte zur Politik geknüpft werden. Der Unternehmensbeauftragte des Vorstands koordinierte die Aktivitäten zwischen den betroffenen Standorten (Bosch SE Arnstadt, ALEO Solar und Venissieux in Frankreich). Und der KBR der Robert Bosch GmbH wurde einbezogen. Für die IG Metall stand fest, dass es nicht nur darum gehen konnte, den Standort „um jeden Preis“ zu erhalten. Ihr kam es ebenso darauf an, die 2011 mit Bosch vereinbarten tarifrechtlichen Standards für die Zukunft abzusichern. Damals war es ihr gelungen, an einem großen Photovoltaik-Standort tarifliche Regelungen in Form eines Haustarifvertrages zu vereinbaren. Ein Novum in der Solarbranche.

IG METALL MACHTE DRUCK

Die Verwaltungsstelle mobilisierte die Region. Mehr als 11 000 Personen unterzeichneten eine „Arnstädter Erklärung“. Es fanden regionale Demonstrationen mit Lokal- und Landespolitikern statt. Und auch Vereinbarungen mit dem Thüringer Wirtschaftsminister wurden getroffen. Dieser berief – unmittelbar nach Bekanntwerden der Entscheidung – eine Task-Force Bosch SE ein. Ziel war es, sowohl Bosch in die Pflicht zu nehmen, als auch die Bundesregierung zum Handeln aufzufordern. Auch der Thüringer Landtag verabschiedete einen Antrag an die Bundesregierung und die zuständigen Ministerien, der ihnen eine industriepolitische Konzeption für die Solarindustrie abverlangt. Eine von der IG Metall seit langem erhobene Forderung.

Wichtiger Wendepunkt in der Auseinandersetzung war die bundesweite Demonstration am 27. Juni 2013 auf der Schillerhöhe in Stuttgart. Vor der Bosch-Zentrale kamen Metallerrinnen und Metall

aus fast allen Bosch-Standorten zusammen und unterstützten den Arnstädter Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze. Die hier gezeigte Kampfbereitschaft brachte Bewegung in die Verhandlungen mit der Bosch-Spitze. Danach folgten langwierige Verhandlungen. Am 27. November 2013 konnte den Beschäftigten endlich eine Lösung präsentiert werden.

Wichtigstes Ergebnis: Der Industriestandort Arnstadt bleibt als Produktionsstätte für kristalline Module erhalten. Mit Wirkung zum 1. März 2014 wird der Standort an die Solarworld AG verkauft. Das Unternehmen produziert mit 800 von ursprünglich 1 400 Leuten weiter. Um weitere 200 Arbeitsplätze zu erhalten, siedelt Bosch ein neues Produkt in Arnstadt an. In einer Servicegesellschaft und weiteren Ansiedlungen sollen die verbleibenden Kolleginnen und Kollegen neue Jobs finden.

Weiteres zentrales Ergebnis für die IG Metall und die Betriebsräte: Absicherung der erreichten sozial- und tarifrechtlichen Standards. Im Januar 2014 konnte der bestehende Haustarifvertrag in einen neuen, eigenständigen Tarifvertrag überführt werden. Solarworld Industries Thüringen GmbH und die IG Metall unterzeichneten ihn.



► Fortsetzung von Seite 2

Arbeitsplätze in Europa langfristig zu sichern und auszubauen.

Die Zukunft Europas kann nur über hochmotivierte und gut ausgebildete Beschäftigte gesichert werden, die Produkte mit hoher Qualität herstellen. In vielen Unternehmen gehe es heute aber nur noch um kurzfristige Renditeziele, kritisiert die IG Metall. Solche Geschäftsmodelle schwächten die Innovationskraft. Sie führten dazu, dass die Unter-

nehmen stets hinter anderen herhecheln, statt selbst Innovationstreiber zu sein. Diese Kurzsichtigkeit nehme weder die industriepolitische Mitteilung der EU noch die Stellungnahme des EU-Parlaments in den Blick.

Die IG Metall hält hier mit ihren Betriebsräten dagegen. Der kurzfristigen Renditeorientierung setzt sie eine moderne, proaktive Industrie- und Unternehmens-

politik entgegen. Sie fordert von den Unternehmen Investitionen an den Standorten, die zu Beschäftigungsaufbau führen. Sie verlangt mehr gesellschaftliche Teilhabe und betriebliche Mitbestimmung. Und sie setzt sich für breite Bündnisse aus Industrie, Gewerkschaften, Wissenschaft und Zivilgesellschaft ein, die an den industriepolitischen Entscheidungen intensiv zu beteiligen sind.

Veranstaltungen

IG Metall auf der Hannover-Messe Veranstaltung zur Energiewende

Mit einer Veranstaltung unter dem Titel „Energiewende – die Kunst des Möglichen“ ist die IG Metall am **9. April 2014** auf der Hannover-Messe vertreten. Der Niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil, der Bezirksleiter der IG Metall für Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, Hartmut Meine, und der Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, Ralf Fücks, referieren. Eine prominent besetzte Diskussionsrunde schließt sich an. Anmeldung über karin.boehme@igmetall.de

Fachgespräch der IG Metall Energiewende und Reform des EEG

In einem Fachgespräch, das am **22. Mai 2014** in Berlin stattfindet, will sich die IG Metall mit Fachexperten, Gewerkschaftsvertretern und Betriebsräten über die Energiewende und die EEG-Reform austauschen, um sich inhaltlich in diesem Themenfeld stärker zu positionieren. Zu einer abschließenden Diskussionsrunde sind Parlamentarier, unter anderem die energiepolitischen Sprecher der Fraktionen, eingeladen. Rückfragen an sarah.menacher@igmetall.de

Workshop Transatlantisches Freihandels- und Investitionsschutzabkommen

Das Transatlantische Freihandels- und Investitionsschutzabkommen ist Gegenstand des „Bochumer Workshops“ am **17./18. Juni 2014** in Berlin. Vertreter von Wissenschaft, Unternehmen, Politik und Gewerkschaften werden ihre Bewertungen vornehmen und gemeinsam Handlungsoptionen erarbeiten. Mitveranstalter sind die Hans-Böckler-Stiftung, die IG BCE und die IG Metall. Voranmeldungen und Rückfragen über sarah.menacher@igmetall.de

Impressum

Herausgeber: IG Metall Vorstand, VB04,
60329 Frankfurt/Main
Verantwortlich: Wolfgang Lemb
Redaktion: Astrid Ziegler, Peter Kern,
Angelika Thomas, Sascha Treml
Textbearbeitung, Satz und Layout:
Agentur WAHLE & WOLF
Fotos: IG Metall-Archiv
Kontakt und Bestellung:
sarah.menacher@igmetall.de
Datum: 03/2014

Branchenreports der IG Metall

Bahnindustrie 2014

Die deutsche Bahnindustrie ist technologisch weltweit führend. Ihre Trumpfkarte: hoch qualifizierte Beschäftigte. Der Anteil an Ingenieuren und Technikern ist dem der Luft- und Raumfahrtindustrie vergleichbar. Der IG Metall kommt es darauf an, dieses Potential an Fachkräften weiterzuentwickeln und Beschäftigung zu sichern. Keine Industrie ist von politischen Entscheidungen so stark abhängig wie die Bahnindustrie. Aber die Politik stellt die falschen Weichen. Da ist die zu große Abhängigkeit von einem Kunden, der DB AG. Da ist der Zwist zwischen den Herstellern und dem Eisenbahnbundesamt. Hier muss die Politik neu justieren und ihren Sonntagsreden vom „umweltfreundlichsten Verkehrsmittel“ endlich Taten folgen

lassen. Auf den ausgefahrenen Gleisen von Privatisierung und Börsengang wird es keine Fahrt in eine störungsfreie Zukunft geben. Der Bahn muss endlich ein prominenter Platz in der Verkehrspolitik eingeräumt werden.

✂ Der Branchenreport Bahnindustrie „Mobilitätswende mit Innovationen und Guter Arbeit gestalten“ der IG Metall kann bestellt werden bei sarah.menacher@igmetall.de.



Industriearmaturen

Die Energiewende betrifft den Bereich Industriearmaturen ganz existentiell. Die Politik hat bisher nicht festgelegt, welcher technologischen Logik der Umbau der Stromversorgung folgt – ob zentralistisch oder dezentral gesteuert.

Auf dieses Versäumnis reagieren die Unternehmen, indem sie sich aktuell mit Investitionen zurückhalten. Auch die Größe und

der Produkttyp der künftig benötigten Ventile und Regelarmaturen sind gegenwärtig völlig unklar.

Der neue „Branchenreport Industriearmaturen“ der IG Metall fordert demgegenüber eine verantwortungsvolle Industriepolitik ein, die den Unternehmen Planungs- und den Arbeitnehmern/-innen mehr Beschäftigungssicherheit gibt.

✂ Der „Branchenreport Industriearmaturen“ kann über die Verwaltungsstellen der IG Metall kostenlos bestellt werden (Produkt-Nr. 8667-42329) und ist in einer noch einmal aktualisierten Version auch im Extranet verfügbar (Branchen → Maschinenbau → Teilbranchen → Industriearmaturen).



Branchentagungen

Auf der **Branchentagung Energieanlagen-Kraftwerksbau** vom 11. bis 12. Februar 2014 in Frankfurt/M. stellte Wolfgang Lemb, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, vor etwa 30 Betriebsräten die Positionen der Gewerkschaft zur Energiewende und zu den Eckpunkten der EEG-Reform vor.

Auf der **Branchentagung Heizungsindustrie** vom 24. bis 26. Februar 2014 in Rem-

scheid trafen sich 25 Betriebsräte der Heizungsindustrie. Die umweltschonende Weiterentwicklung der Produkte und die wirtschaftliche Situation der Branche standen im Mittelpunkt der Tagung. Es referierte der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands Deutschland Haus-, Energie- und Umwelttechnik.

Weitere Termine:

Weißer Ware am 6. bis 8. Mai 2014
Industriearmaturen am 17./18. Juni 2014